

Für eine arbeitnehmerfreundliche Kommunalpolitik in Mülheim, Essen und Oberhausen

Politische Entscheidungen in den Kommunalparlamenten unserer Städte haben unmittelbare und spürbare Auswirkungen auf das Leben seiner Bürger*innen.

Für unsere DGB-Stadtverbände in der Region Mülheim, Essen, Oberhausen (MEO) ist klar: Auch auf kommunaler Ebene müssen die Interessen von Arbeitnehmer*innen konsequent vertreten und umgesetzt werden.

Von daher haben unsere ehrenamtlichen Stadtverbände elf zentrale Forderungen zusammengetragen, welche an die Kandidat*innen für das Amt des/der Oberbürgermeister*in gerichtet werden.

Ebenfalls gehen unsere Forderungen auch an die Menschen, die sich in MEO für die Ratsmandate bewerben. Unser Ziel ist es, die Arbeits- und Lebensbedingungen für unsere Kolleg*innen und die Menschen in unseren Städten nachhaltig zu verbessern.

Denn: Es sind nicht nur Entscheidungen auf Landes- oder Bundesebene, die das Arbeitsleben vor Ort prägen. Auch kommunale Beschlüsse, von der Vergabe öffentlicher Aufträge über Mobilitäts- und Wohnkonzepte bis hin zur Bildungs- und Sozialpolitik, haben Auswirkungen auf Beschäftigte.

Zugleich sind Arbeitnehmer*innen auch Bürger*innen unserer Städte. Deshalb haben wir mit unserem Forderungspapier nicht nur Arbeits- und wirtschaftspolitische, sondern auch allgemeinpolitische Schwerpunkte gesetzt.

Für eine starke, soziale und solidarische kommunale Politik, im Interesse der Menschen, die hier leben und arbeiten.

Ein Wort zum Schluss: Demokratie braucht uns alle!

Demokratie ist kein Selbstläufer, sie lebt vom Engagement und der aktiven Beteiligung ihrer Bürger*innen. Informiere dich, hinterfrage Positionen, lese die Programme der Parteien, komm mit uns ins Gespräch und vor allem: Mach von deinem Wahlrecht Gebrauch und gehe wählen!

Bleibt stark mit uns!

- **Gute Arbeit in kommunalen Einrichtungen, Industriebetrieben und Handwerk sichern**
Die Kommunen müssen als Vorbilder vorangehen: Faire Tarifbindung, gute Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und der verantwortungsvolle Umgang mit Outsourcing müssen Standard im öffentlichen Dienst und bei regionalen Unternehmen sein.
- **Öffentliche Daseinsvorsorge stärken – statt privatisieren**
Krankenhäuser, Pflege, Energieversorgung, ÖPNV, Wohnen und Bildungseinrichtungen gehören in öffentliche Hand – bezahlbar, zugänglich und qualitativ hochwertig für alle.
- **Bezahlbaren Wohnraum schaffen und sichern**
Die Kommunen müssen aktiv Bodenpolitik betreiben, kommunalen Wohnungsbau stärken und mit klaren Quoten für sozialen Wohnungsbau gegen steigende Mieten vorgehen.
- **Kommunale Investitionen fördern – für eine soziale, ökonomische und ökologische Infrastruktur**
Schulen, Kitas, Verkehr, Anlaufstellen, Digitalisierung und klimafeste Städte brauchen massive Investitionen. Hier dürfen Kommunen nicht durch Schuldenbremsen oder Förderchaos ausgebremst werden. Industrie- und Gewerbeflächen brauchen zwingend An- und Abfahrtswege sowie Glasfaseranbindung die den betrieblichen Bedürfnissen gerecht werden.
- **Mobilität für alle gewährleisten: Sozial gerechter und klimafreundlicher ÖPNV**
Der öffentliche Nahverkehr muss ausgebaut, bezahlbar und barrierefrei sein – als echte Alternative zum Auto, auch in ländlichen Räumen.
- **Mitbestimmung und Demokratie vor Ort stärken, Union Busting öffentlich bekämpfen**
Beteiligung von Beschäftigten, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Gruppen bei kommunalen Entscheidungen ausbauen – für mehr Transparenz und echte Teilhabe.
- **Teilhabe und Chancengleichheit durch frühkindliche Bildung sichern**
Der Fachkräftemangel in Kitas muss durch bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne bekämpft werden. Der Beruf der Erzieher*in muss attraktiver werden. Bildung ist eine öffentliche Aufgabe, deshalb fordern wir die Abschaffung des Eigenanteils der Träger und der Kitagebühren.
- **Kommunale Wirtschaft fördern – mit Tarifbindung und guter Arbeit**
Wirtschaftsförderung und Auftragsvergabe, darf es nur für Unternehmen geben, die Tariflöhne zahlen, ausbilden und sich an soziale Standards halten. Dies sollte die Kommune in einer Verordnung passend zum kommenden Tariftreuegesetz für das Land NRW festschreiben.
- **Armut bekämpfen – soziale Teilhabe ermöglichen**
Kommunen müssen in Bildung, Quartiersentwicklung, Sozialarbeit und Prävention investieren – gegen Ausgrenzung und für sozialen Zusammenhalt.
- **Vielfalt leben – Rassismus und Rechtsextremismus bekämpfen**
Städte und Gemeinden müssen klare Kante gegen rechte Hetze zeigen, Integrationsarbeit stärken und demokratische Kultur vor Ort aktiv fördern.
- **Jugendverbandsarbeit fördern und finanziell nachhaltig aufstellen**
Jugendverbände leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur demokratischen Bildung, sozialen Integration und Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Sie brauchen verlässliche finanzielle Unterstützung, angemessene Räume und Anerkennung ihrer Arbeit.